

Araber, Perser und Osmanen vereint gegen Israel



Die arabischen Staaten wollen künftig mit den großmacht-fanatischen Türken und Iranern [gemeinsam gegen Israel](#) kämpfen. Das Osmanische Neu-Reich soll dabei eine „führende Rolle“ spielen. Der Feind meines Feindes Israel ist bekannterweise mein Freund und die Staaten der Arabischen Liga, die Iraner und die Türken verbindet schließlich noch mehr: Der Glaube an Allah, den menschenfeindlichen, und seinen kriegstreiberischen, antisemitischen Propheten.

**Ein ungeheuerliches
Verbrechen**



Die Linke-Politikerin Evrim Baba ist offenbar Opfer eines rechtsextremistischen Anschlags geworden. Foto: AP

Ein ungeheuerliches Verbrechen erschüttert Deutschland – eine neue Qualität von politischem Terrorismus! In Berlin wurde nachts von Unbekannten ein Auto angezündet. Das ist nichts besonderes, sagen Sie? In Berlin und Hamburg würden doch jede Nacht Autos brennen – hunderte inzwischen, und die Täter bleiben im Dunkeln? Schon. Aber diesmal sind zwei bedeutende Dinge anders.

Erstens gehört das Auto nicht einem kapitalistischen Ausbeuter, sondern einer Funktionärin der Linkspartei, die ganz legal von unseren Steuergeldern lebt. Und zweitens ist das Auto, im Gegensatz zu den hunderten davor, nicht wirklich abgebrannt, sondern nur ein Reifen angekokelt. Warum das die Sache schlimmer macht? Weil es beweist, dass die Stasidame nicht zufälliges Opfer der eigenen Leute wurde, die wahllos Autos abfackeln – aber eben gründlich abfackeln – sondern dass aufgrund der laienhaften Ausführung die Tat ein rechtsextremer Anschlag war.

Damit man es sich besser vorstellen kann, bringen [Qualitätszeitungen wie RP-online](#) gleich ein passendes Symbolbild mit Glatzen dazu (*Foto*). Oi Gewalt – das sieht gefährlich aus!

Auf das Auto der Berliner Linke-Abgeordneten Evrim Baba ist ein Brandanschlag verübt worden. Ein Nachbar habe am frühen

Freitagmorgen an der Rummelsberger Bucht in Lichtenberg bemerkt, dass ein Reifen in Flammen stand, sagte Baba. Der Nachbar habe das Feuer gelöscht und die Polizei alarmiert.

Nach bisherigen Erkenntnissen müsse von einer rechtsextremistischen Motivation ausgegangen werden, sagte ein Polizeisprecher. Laut Zeuge ist der Tatverdächtige mit einem Fahrrad in Richtung Ostkreuz geflüchtet. Der Staatsschutz ermittelt.

Baba, die sich in der Vergangenheit sehr stark gegen Rechtsextremismus engagiert hatte, äußerte sich „entsetzt“ über den „gezielten Anschlag vor ihrer Haustür“. Auch sie schloss nicht aus, dass der Täter aus der rechten Szene komme, weil sie früher aus diesem Lager öfter bedroht worden sei.

Linksfraktionschef Udo Wolf verurteilte die „feige Straftat auf das Schärfste“. Er habe der Abgeordneten die Solidarität der Fraktion in dieser „schwierigen Situation“ übermittelt. Die Linke werde sich in ihrem politischen Handeln „von derartigen Bedrohungen nicht beeindrucken lassen“.

Als „Angriff auf die Demokratie“ verurteilte SPD-Fraktionschef Michael Müller den Anschlag. „Diese Tätermaßen sich an, bestimmen zu wollen, wer wo zu leben hat, oder wollen ihnen unliebsame Personen unter Druck setzen. Das werden wir nicht hinnehmen“, betonte Müller.

Das muss eine schwache Demokratie sein, die durch einen einzelnen angekorkelten Reifen ins Wanken gerät. Keine Angst, liebe Genossen! Unsere Demokratie hat schon hunderte abgebrannte Autos durch Linksextremisten überstanden und wird auch diesen „[Brandanschlag auf Linke Evrim Baba](#)“, wie die taz den Fall betitelt, überleben. Den beschädigten Reifen kann Frau Baba ja der Antifa spenden. Zum Barrikadenbau gegen Rechts.

Regierung holt Terroristen nach Deutschland



Entgegen den offiziellen Beteuerungen gegenüber dem eigenen Volk hat die Bundesregierung doch Geheimverhandlungen mit der Obama-Administration geführt, um Terroristen aus dem Gefängnis Guantanamo Bay aufzunehmen. Die Auflösung der Einrichtung war ein zentrales Wahlversprechen von Obama, konnte bisher aber nur zögerlich umgesetzt werden, da sich keine Aufnahmeländer für die bärtigen Unschuldengel fanden.

Nach bisherigen Erfahrungen ist ein beachtlicher Teil der bereits Freigelassenen unmittelbar in terroristische Netzwerke zurückgekehrt, teilweise direkt in Führungspositionen.

Bei soviel Erfolglosigkeit will auch die Bundesregierung nicht länger abseits stehen. Der [SPIEGEL berichtet](#):

Deutschland wird voraussichtlich doch Häftlinge aus dem Gefangenenlager Guantanamo aufnehmen. Vergangene Woche führte eine deutsche Delegation in dem US-Militärgefängnis mehrere Gespräche mit Insassen, die für eine Aufnahme in Frage kommen. Dem Bundesinnenministerium liegt eine Liste aus Washington vor, die der US-Sondergesandte Daniel Fried Ende

vergangenen Jahres in Berlin übergeben hatte.

In monatelangen Geheimgesprächen hatten Fried und das Berliner Innenministerium über die Modalitäten verhandelt. Von den ursprünglich neun Namen, die die US-Regierung anbot, sind mehrere Gefangene bereits in anderen Ländern untergekommen, noch offen ist der Verbleib einer Handvoll weiterer Häftlinge.

Die Delegation aus Berlin, der Beamte des Innenministeriums, des Bundeskriminalamts und des Bundesamts für Migration angehörten, wollte sich in persönlichen Treffen ein Bild der Persönlichkeiten machen und eine Risikoprognose vornehmen. Auf dieser Grundlage will Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) entscheiden. Das Vorgehen ist in der Bundesregierung mit Außenminister Guido Westerwelle (FDP) und dem Kanzleramt abgestimmt.

Zu den möglichen Kandidaten gehören ein Palästinenser aus der West Bank, der der konservativen Predigervereinigung Tabligh-i-Jamaat angehört und in Pakistan festgenommen wurde, ein Jordanier, der im Sommer 2001 nach Afghanistan gereist war, sowie ein Syrer, der Ende 2001 in einem Krankenhaus in Kabul behandelt wurde und kurz danach festgenommen worden war. Alle Gefangenen sind von der US-Regierung zur Freilassung vorgesehen.

Die Schließung des Gefangenenlagers war eines der zentralen Wahlversprechen von US-Präsident Barack Obama. Obama musste jedoch schon bald nach Amtsantritt erkennen, dass die Auflösung nicht so schnell zu erreichen war, wie eigentlich von ihm geplant – unter anderem, weil sich nur wenige Staaten fanden, die zu einer Aufnahme der zu entlassenden Häftlinge bereit waren. Auch Deutschland hatte sich bis zuletzt offiziell zurückhaltend geäußert.

Besondere Beachtung verdienen die Herkunftsländer unserer Wunschgäste, denn die Aufnahme in Drittländer geschieht aus

humanitären Gründen, wenn zu erwarten ist, dass die Verbrecher zuhause kein rechtstaatliches Verfahren erwartet. Da fällt besonders der „Palästinenser aus der Westbank“ auf. Da nicht anzunehmen ist, dass die palästinensische Autonomiebehörde einen Heimkehrer aus Guantanamo politisch verfolgt, ist offensichtlich, dass die Deutschen mit der Aufnahme den Terroristen dem Zugriff der israelischen Justiz entziehen wollen – also der zuständigen Gerichtsbarkeit eines befreundeten, demokratischen Rechtsstaates.

London: Polizei überwacht Internetcafés



Um zu verhindern, dass Islamisten wieder mit Flugzeugen in Hochhäuser fliegen, läßt die Polizei in London jetzt in einem weiteren, ganz genialen Schachzug zur Terrorismusbekämpfung, Internetcafés überwachen – vom Betreiber selbst.

Die Newsseite [Presstext](#) berichtet:

Die britische Polizeibehörde Metropolitan Police Service (MPS) <http://www.met.police.uk> setzt in ihrem Kampf gegen terroristische Bedrohungen auf eine neue Taktik. Im Zentrum des Interesses stehen dabei vor allem die Betreiber von

Internet-Cafes, die in Zukunft dazu verpflichtet werden sollen, die Online-Aktivitäten ihrer Kunden zu überwachen. Falls sich diese auf einschlägigen Seiten im Web betätigen oder in sonst irgendeiner Art und Weise in Verdacht geraten, die Innere Sicherheit des Landes zu gefährden, soll so schnell wie möglich die Polizei informiert werden, um potenzielle Bedrohungen rechtzeitig abwenden zu können.

„Bei der Internet-Cafe-Initiative geht es nicht darum, Leute zu verhaften“, zitiert BBC News aus einer aktuellen MPS-Stellungnahme. Die geplante Überwachung der Besucher solcher Lokale sei vielmehr als Teil einer präventiven Strategie unter dem Titel „Preventing Violent Extremism“ zu sehen, die Menschen davon abhalten soll, Terroristen zu werden oder zu unterstützen.

Erster Testlauf in Camden

Bei den Betreibern der britischen Internet-Cafes scheinen die Überwachungspläne der Polizei bislang auf wenig Gegenwehr zu stoßen. „Wenn ich Bedenken darüber habe, was die Leute in meinem Lokal machen, würde ich diese Information sofort weiterleiten“, meint Steven Staples, Cafe-Besitzer im Londoner Stadtteil Camden, wo die neue Taktik zurzeit einem ersten Praxistest unterzogen wird. Auf Veranlassung des MPS habe er bereits Plakate anbringen lassen, die seine Kunden über nicht akzeptables Online-Material aufklären sollen. Auch die Bildschirmschoner der Computer seien mit einer entsprechenden Botschaft ausgestattet worden, so Staples.

(Spürnase AlterQuerulant)

Das schnellste Segelflugzeug der Welt



Wenn ein Friedensnobelpreisträger oberster Dienstherr des Militärs wird, muss das nicht zwangsläufig das Ende des technischen Fortschritts bedeuten. Nach massiven Etatkürzungen für die Entwicklung extrem schneller unbemannter Flugkörper haben amerikanische Wissenschaftler jetzt eine „Billigversion“ entwickelt, die sich sehen lassen kann, dies vermutlich aber vermeiden wird.

Der [SPIEGEL berichtet](#):

Den Traum vom Hyperschall träumen US-Generäle schon länger. Mit mehr als fünffacher Schallgeschwindigkeit (Mach 5) durch die Lüfte zu donnern, erwies sich jedoch als technisch nur schwer lösbare Aufgabe. Das schnellste halbwegs alltagstaugliche Fluggerät, das das US-Militär bisher anbieten konnte, war das legendäre Spionageflugzeug SR-71 „Blackbird“. Es erreichte Mach 3 – und ist längst ausgemustert.

Bei der Darpa, der Forschungsabteilung des Pentagon, wird jedoch trotz aller früheren Fehlschläge weiter an Hyperschallflugkörpern geforscht. Im April soll ein Prototyp mit dem Namen Hypersonic Technology Vehicle 2 (HTV-2) von der

kalifornischen Vandenberg Air Force Base gestartet werden. HTV-2 verfügt über keinen eigenen Antrieb, vielmehr wird es mit Hilfe einer Rakete vom Typ Minotaur IV in den Himmel geschossen.

Nach der Trennung von der Rakete soll HTV-2 mit Hyperschallgeschwindigkeit durch die Atmosphäre gleiten und nahe dem Reagan-Testgelände auf dem Kwajalein-Atoll inmitten des Pazifik zu Boden gehen. Dabei wird der unbemannte Flugkörper fast 8000 Kilometer zurücklegen. Mit dem Flug möchte die Darpa die lange Haltbarkeit der thermischen Isolierung und die aerodynamischen Steuermöglichkeiten demonstrieren.

HTV-2 ist Teil des Darpa-Programms Falcon, mit dem ein Hyperschallflugkörper entwickelt werden soll, der in kürzester Zeit Ziele weltweit erreichen kann. Laut Darpa soll das Hypersonic Technology Vehicle fünf Tonnen Nutzlast in nicht einmal zwei Stunden knapp 17.000 Kilometer weit transportieren können. Das entspricht beinahe dem halben Erdumfang. Interkontinentalraketen haben eine Reichweite zwischen 5500 und etwa 15.000 Kilometern.

Das antriebslose Modell ersetzt eine geplante Drohne mit Antrieb, deren Weiterentwicklung nach Kürzungen des Etats nicht mehr möglich war. Hier eine Videopräsentation zu dem inzwischen eingestellten Projekt:

Live-Stream von der Anti-

Minarettkonferenz

Brandanschläge von Kurden egal



Hätten die Täter Hakenkreuze bei der Tat gemalt und wären sie deutsch, hätte es in ganz Deutschland Lichterketten gegeben. Vereine im Kampf gegen Rechts™ wären mit neuen finanziellen Mitteln ausgestattet worden, schließlich müssen ja Prioritäten gesetzt werden. Jetzt waren es leider doch nur „Kurdische Freiheitskämpfer“, schade, jeder Berufsbetroffene in diesem Land kann nicht vor Bestürzung hyperventilieren.

Die WAZ [schreibt](#):

Die Brandanschlagsserie auf türkische Einrichtungen, die Anfang 2007 die Dortmunder Nordstadt erschütterte, wird ein weiteres gerichtliches Nachspiel vor dem Dortmunder

Landgericht haben. Vier Täter wurden bereits verurteilt, nun steht der mutmaßliche Haupttäter vor Gericht.

Am 07. und am 15. Februar 2007 waren mehrere Molotowcocktails im Kreuzungsbereich Mallinckrodtstraße/Münsterstraße sowie in der Schützenstraße unter anderem gegen die Filiale einer türkischen Bank und ein türkisches Reisebüro geworfen worden. Im Reisebüro brach Feuer aus. Es kam zu erheblichem Sachschaden.

Am 11. März 2007 erfolgte ein Brandanschlag auf die Eyüp-Sultan-Moschee, die in einem türkischen Kulturzentrum in einem fünfstöckigen Mehrfamilienhauses in der Haydnstraße befindet. Dabei war es lediglich aufmerksamen Zeugen zu verdanken, dass das Gebäude nicht in Brand geriet. Das an den Außentüren entflammte Feuer konnte rechtzeitig gelöscht werden.

Aufgrund von Videoaufzeichnungen gelang dem Dortmunder Staatsschutz noch im selben Jahr ein Fahndungserfolg: Am 04.12.2007 wurde ein 22-jähriger Dortmunder vom Jugendschöffengericht in Dortmund wegen des Anschlags auf die Moschee zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren verurteilt worden: Seine drei heranwachsenden Mittäter erhielten unter anderem Arbeitsauflagen. Das Quartett war geständig, von dem nun gefassten Haupttäter, der sich selbst als kurdischer Freiheits- und Guerillakämpfer bezeichnet, angeworben worden zu sein, um unter seiner Leitung den Anschlag auf die Moschee durchzuführen

Anhand der Spurenlage konnten dem 24jährigen vom Kommissariat Staatsschutz neben den Dortmunder Taten zwei weitere Anschläge mit Molotowcocktails zugeordnet werden. Am 14.02.2007 wurden in Bottrop auf dem Gelände eines Autohauses vier Personenkraftwagen beschädigt, am 17.02.2007 zündeten Brandsätze auf der Fahrbahn des Graf-von-Galen-Rings in Hagen vor einem türkischen Reisebüro. Fahndungsmaßnahmen nach dem 24 Jahre alten Mann aus Lünen, waren zunächst jedoch

erfolglos. Nachdem er im September 2007 in Gelsenkirchen gesehen worden war, gelang es ihm, sich in die Türkei abzusetzen. Im Februar 2010 entschloss sich der Angeschuldigte zur Wiedereinreise. Er wurde in Berlin festgenommen und befindet sich seitdem in Untersuchungshaft.

Wir brauchen uns nicht aufzuregen. Als [rechter Vorfall](#) zählt das Ganze sowieso...

(Spürnase: lobo1965)

Bochum: Linke attackieren Polizei



Ohne erkennbaren Grund haben gestern in Bochum linksextremistische Demonstranten die Polizei angegriffen. Beamte und Störer wälzten sich nach Pressemeldungen auf der regennassen Straße, es kam zu mehreren Festnahmen.

Die Linksextremisten befanden sich offenbar, aufgehetzt durch eine Medienkampagne, im Glauben, die Bochumer Moschee vor dem Angriff einer 20-köpfigen Pro-NRW Mahnwache schützen zu müssen.

[Aus den Ruhrnachrichten:](#)

Mit einer Sitzblockade haben autonome Jugendliche am Freitagnachmittag versucht, eine Kundgebung der rechtspopulistischen Gruppe Pro NRW vor der Moschee an der Dibergstraße zu verhindern. Plötzlich eskalierte die Situation – es kam zu einem heftigen Gerangel mit Polizeikräften.

13.30 Uhr: Vor der Mahnwache der rechten Gruppierung Pro NRW, die für 14 Uhr angesetzt war, bilden rund 40 antifaschistische Jugendliche eine Sitzblockade auf der Grottenstraße/Ecke Hattinger Straße. Angemeldet war diese Gegendemo nicht. Angemeldete Protestler machen an der Bessemer Straße/Ecke Dibergstraße ihrem Unmut über die Anti-Islam-Kampagne von Pro NRW Luft.

Zwischen beiden Demonstranten-Gruppen zelebrierten zahlreiche Muslime in der Moschee der Islamischen Gemeinde Bochum an der Dibergstraße wie gewohnt ihr Freitagsgebet.

13.45 Uhr: Einige der jungen Demonstranten aus der Sitzblockade springen plötzlich auf und rempeln Polizisten an. Die Situation eskaliert Sekunden später. Alle 40 Demonstranten stürmen auf die Polizeikräfte los. Es kommt zu einem heftigen Gerangel. Polizisten und Demonstranten wälzen sich über die regennasse Hattinger Straße.

Auslöser für den Tumult ist laut Polizeisprecher Axel Pütter ein Auto von Pro NRW-Anhängern gewesen, das vorbeifuhr.

13.55 Uhr: Die Polizei hat hart durchgegriffen, binnen Minuten den Demonstranten-Sturm abgewehrt und einige der teils verummten Jugendlichen festgenommen. Die Lage entspannt sich wieder.

Wenig später versammeln sich rund 20 Pro-NRW-Angehörige auf einem abgesperrten Stück der Dibergstraße, rund 100 Meter von der Moschee entfernt. Von Polizeikräften eingekesselt stehen sie sehr einsam im Regen.

Es erstaunt immer wieder, mit welchem geringem Personalaufwand es gelingt, unter Ausnutzung des hysterischen Kampfes gegen Rechts größtmögliche Aufmerksamkeit zu erlangen und Teile Deutschlands in den Ausnahmezustand zu versetzen. Im Ruhrgebiet sollen zur Zeit 6.000 Polizeibeamte eingesetzt sein, um die von Politik und Presse geschürte Aufregung unter Kontrolle zu halten. Da die Veranstaltungen noch bis Sonntag weitergehen, sei aus dem oben beschriebenen Anlass noch einmal an die Aufforderung der Polizei erinnert, sich von Gegendemonstrationen der linksextremen Antifa fernzuhalten ([PI berichtete](#)).

Ein ähnlich groteskes Missverhältnis zwischen der medial geschürten Hysterie und den tatsächlichen Ereignissen offenbart sich zur Zeit am Duisburger Hauptbahnhof. Dort stehen 20 Demonstranten der NPD einem Häuflein linker Gegendemonstranten gegenüber. [Der WESTEN](#) beschreibt die Lage so:

Nach dem offiziellen Beginn der NPD-Kindgebung vor dem Hauptbahnhof in Duisburg sind die Gegendemonstranten deutlich in der Überzahl. Augenzeugen schätzen ihre Zahl auf 200 bis 300. Demgegenüber ist die Zahl der NPD-Anhänger klein, zweistellig. Sie wird kurz nach dem offiziellen Beginn auf etwa 15 bis 20 geschätzt.

Die Zahl der Gegendemonstranten erscheint nach PI-eigenen Informationen deutlich zu hoch angesetzt. Das folgende Foto zeigt die Gegendemonstration im Hintergrund gegen 11 Uhr:



Das ist die Lage, die in NRW an diesem Wochenende zum größten

Polizeieinsatz der Landesgeschichte Anlass gibt? Wie schon gestern in Bochum legen die Linken es offenbar auch in Duisburg auf Randalen an, und wollen „ran an den Feind“:

Im Vorfeld der Demon gab es bereits Rangeleien zwischen den Gegendemonstranten und Polizei. Denn vor allem kommunistische Kleinst-Gruppierungen aus dem In- und Ausland sahen es gar nicht ein, dass sie ihren Protest gegen die (Zitat) „braunen Faschichten“ nur auf einem abgesperrten Bereich am Ende des internationalen Busbahnhofs direkt neben der A 59 artikulieren sollten. Sie wollten (Zitat) „ran an den Feind“, der noch auf der Anreise war. Das wiederum war den Polizisten nicht recht. Erst forderten sie die Demonstranten mehrfach höflich auf, sich hinter die Absperrung zurück zu ziehen, dann rückten sie langsam, aber energisch vor.

Das wiederum verstanden einige Demonstranten, ganz vorweg die MLPD mit ihrem Megaphon, als massive Einschränkung ihres Rechts auf freie Meinungsäußerung, als Provokation seitens der Polizei. Wie in einem „Kuhstall“ würden hier Antifaschichten gehalten, schallte es über den Platz, um anschließend die vielzitierte „internationale Solidarität“ einzufordern. Eine Choreographie, die sich zur Zeit noch fortsetzt.

Nachdem die Verhinderung eines Pro-Köln-Kongresses 2008 durch Linksextremisten den Rechtspopulisten politisch mehr genutzt als geschadet hatte, was bei klarem politischen Verstand abzusehen war, versucht man im aktuellen Wahlkampf in NRW offenbar, durch gesetzeskonformen Einsatz der Polizei die Wiederholung der peinlichen Bilder zu vermeiden.

Täter geschützt, Opfer verhöhnt



Häufig kann man auf PI und anderen Medien lesen, wie in Europa Politik, Justiz und auch die Polizei vor Islamisten und Linksextremen in die Knie gehen. Gestern durfte ich dies live selbst erfahren. Es kann einen sicher schlimmer treffen. Aber ich finde es doch repräsentativ und bezeichnend, wie die Staatsgewalt Täter schützt und Opfer verhöhnt.

(Von Jerome)

Ich kam freitag Nacht von einer Feier nach Hause. Ich war an diesem Abend mit meinem Sportwagen unterwegs und muss so an einer Ampel stehend den Zorn von gewaltbereiten Linksextremisten auf mich gezogen haben. Jedenfalls kam einer auf mich zugerannt, schlug einen linken Propaganda-Aufkleber auf die Scheibe und rannte wieder weg.

Ich selbst war zweimal norddeutscher Meister im Amateurboxen und bin sofort ausgestiegen, dann aber doch schnell wieder eingestiegen, da ich noch rechtzeitig gesehen habe, dass der junge Mann zu einer Gruppe von sechs Chaoten gehörte, die weiter abseits standen und denen man die Gewaltbereitschaft bereits auf 100 Meter Entfernung ansehen konnte. Ich fuhr also weiter. Der Zufall wollte es so, dass mir 200 Meter weiter eine Polizeistreife entgegenkam. Ich wendete sofort, um diese auf den Vorfall aufmerksam zu machen.

Die sechs Linksextremen standen immer noch vor der Kneipe. Die

Polizei agierte insgesamt zu passiv und hatte die Situation teilweise nicht unter Kontrolle. Es kam zu Handgreiflichkeiten zwischen der Polizei und den Chaoten, in deren Verlauf ich annahm, dass einer vielleicht zur Waffe greifen würde. Dem war aber nicht so. Meinem "Vorschlag", doch vielleicht Verstärkung anzufordern, wurde nicht nachgekommen. Als ich die Chaoten offen ansprach, was dieses feige Verhalten solle, wurde ich von den zwei Polizeibeamten in mein Auto verwiesen. Es wurden meine Personalien aufgenommen. Man versicherte mir, dass dies auch mit den sechs Chaoten geschehen würde. Dies konnte in der kurzen Zeit unmöglich der Fall gewesen sein. Ich würde intuitiv vermuten, dass dies ohne Folgen für die Randalierer bleibt.



Eva Herman: „Die Wahrheit und ihr Preis“



Sie ist eines der prominentesten Opfer der „Political Correctness“ der letzten Jahre. Von ganz oben nach ganz unten in mehr als rasanter Geschwindigkeit. Das Ausbrechen aus der politisch korrekten Meinungsmaschinerie hat sie nicht nur den Job beim NDR gekostet. Der schon legendäre Rauswurf bei Kerner sowie das vernichtende Medienecho haben sie zur „Persona non grata“ erklärt und ihre Berufschancen in Gänze ruiniert. Über diese „nette Geschichte“ berichtet [Eva Herman](#) jetzt in ihrem neuen Buch. [mehr](#)